



- Verhandlungskommission IGA gegründet
- Seminar der ver.di Fachkommission Straßenbauverwaltung vom 16. April bis 20. April 2018
- zum Standortkonzept „Minister Scheuer“
- Aktuelles in der Rubrik

## **Verhandlungskommission Infrastrukturgesellschaft (IGA) gegründet.**

Für die Beschäftigten der einzelnen Bundesländer die zur Infrastrukturgesellschaft des Bundes wechseln sollen, müssen zwingend einheitliche tarifvertragliche Regelungen abgeschlossen werden.

Dazu hat VER.DI eine Verhandlungskommission gegründet. Für diese Verhandlungskommission sind für NRW von der Fachkommission Straßenbauverwaltung die Kollegin Petra Rahmann aus Bochum (Schwerpunkt Innendienst) und der



Kollege Frank Hollweg aus Gummersbach (Schwerpunkt UI-Dienst) benannt worden.

Vertreten werden die Beiden von Tanja Wartig aus Bielefeld und Franz Gerken von der AM Wünnenberg.



Mitte März 2018 haben sich VertreterInnen von ver.di des Bundes getroffen um über das weitere Verfahren bezüglich der Tarifverhandlungen zu Fernstraßenbundesamt und IGA zu beraten. Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) geht immer noch davon aus, das nur Tätigkeitsmerkmale in den TVöD Bund einzupflegen sind. Ver.di dagegen will und muss über einen Tarifvertrag für die IGA sowie einen Überleitungstarifvertrag verhandeln und abschließen! Besitzstände müssen gewahrt und alle tarifvertraglichen Regelungen aus den Ländern übernommen werden.

Damit auch alle Besonderheiten berücksichtigt werden können, hat ver.di eine Arbeitsgruppe „IGA-Verhandlung“ gegründet. Aus NRW sind in dieser Verhandlungskommission die Kollegin Petra Rahmann und Frank Hollweg, beide im Gesamtpersonalrat von Straßen.NRW, vertreten.

Unser erstes Treffen fand am 4. und 5. April in Fulda vorbereitend für die anstehenden Tarifverhandlungen statt. Neben grundsätzlichen Feststellungen wurden auch die bisherigen Eingruppierungen, Zulagen, Dienstvereinbarungen und sonstige Regelungen wie Betriebliche Altersvorsorge, Urlaub, Sonderurlaub, Arbeitszeit usw. in den Straßenbauverwaltungen betrachtet. Hier darf nichts vergessen werden!

Wir werden zeitnah über den weiteren Verhandlungsstand berichten. Eines ist aber jetzt schon erkennbar, es wird ein steiniger Weg. Aber wir sind gut aufgestellt.



# ver.di's Nachrichten 01/2018

ver di Fachkommission Straßenbauverwaltung NRW

## Seminar der ver.di Fachkommission Straßenbauverwaltung vom 16. April bis 20. April 2018

Wie in jedem Frühjahr, seit dem Bestehen des Landesbetriebes, organisierte die ver.di Fachkommission ein Seminar zu den aktuellen Entwicklungen im Straßenbau.



16 Vertreterinnen und Vertreter aus den örtlichen Personalvertretungen und Vertrauens-leute der Schwerbehinderten aus dem LS trafen sich vom 18.04. bis 20.04.18 im Landhotel Hanfland in Oberelspe zum Fortsetzung des Seminars aus dem letzten Jahr.



Wieder standen die Auswirkungen für Straßen.NRW und seine Beschäftigte durch die Gründung der Verkehrsinfrastrukturgesellschaft des Bundes im Mittelpunkt der drei Seminartage.

Frank Hollweg, als Sprecher der Bundesfach-kommission, und Ferdi Ross, als ehemaliger GPR-Vorsitzender bei Straßen.NRW waren als Referenten für dieses Seminar gewonnen worden.

Thematisiert wurde:

- der aktuellen Stand zur beschlossenen Infrastrukturgesellschaft des Bundes
- die Darstellung der wesentlichen Fakten und die aktuellen geplanten zeitliche Abläufe des Transformationsprozess
- die Neuausrichtung des Landesbetriebes Straßenbau nach dem Wegfall der Autobahnen und die die Auswirkungen für die Beschäftigten
- Bundespersonalvertretungsrecht und Betriebsverfassungsgesetz anstatt Landespersonalvertretungsrecht NRW

Eine besondere Aktualität erhielt das Seminar am Freitag durch die Presseerklärung von Bundesverkehrsminister Scheuer zum Standortkonzepte der Infrastruktur-gesellschaft und des Fernstraßenbundesamtes (FBA).

Das Hamm und Krefeld Niederlassungen werden und Bonn eine Nebenstelle des FBA bekommt, wird in der Diskussion begrüßt. Aber dieses Standortkonzept lässt nach einhelliger Meinung mehr Fragen offen als es beantwortet.





## Herr Minister Scheuer; das reicht noch nicht, da fehlt noch was!

Die verdi Fachkommission Landesstraßenbau, begrüßt das Standortkonzept für NRW mit zwei dauerhafte Niederlassungen in Hamm und Krefeld sowie dauerhafte Außenstellen in Bochum, Hagen, Köln und Euskirchen. Das Nepten nur noch temporär als Außenstelle vorgesehen ist, ist unser erster Kritikpunkt am Standortkonzept. Weiter fehlen klare Aussagen zu den restlichen Dienstorten in NRW wie u.a. Essen, Bielefeld, Paderborn, Meschede, Wesel, Gummersbach, Münster und Mönchengladbach, an denen insgesamt ca. 500 Kolleginnen und Kollegen, die heute ganz oder überwiegend für den Bund arbeiten, 2012 zum Bund wechseln sollen.

Was ist mit den ca. 300 Kolleginnen und Kollegen die im und den zugehörigen Außenstellen arbeiten und ebenfalls Betriebssitz 2021 zum Bund wechseln sollen? Im Standortkonzept ist eine Zentrale in Gelsenkirchen nicht vorgesehen. Wie und wo sollen die Aufgaben des Betriebssitzes für den Bund zukünftig erledigt werden. Welche Rolle spielt Bonn und die Niederlassungen Hamm und Krefeld in diesem Zusammenhang?



Die Ankündigung, dass bei der Neuordnung die Interessen der Beschäftigten und ihrer Familien hinsichtlich Status, Arbeitsplatz und Arbeitsort gewahrt werden reicht so nicht aus. Wie ist die Aussage zu verstehen, dass nur wechselbereite Beschäftigte unter Wahrung ihrer Besitzstände übernommen werden, und der Bund will auch die nicht wechselbereiten Beschäftigten im Rahmen der bestehenden dienst-, arbeits- und tarifrechtlichen Möglichkeiten weiterbeschäftigen?

Ver.di fordert auch hierzu klare und verbindliche Regelungen. Eine umfassende Besitzstandswahrung muss für alle Beschäftigten an allen Dienstorten auf Dauer garantiert werden, auch für die, die an den im Standortkonzept nicht erwähnten Dienstorten arbeiten.

Die hier zitierten Möglichkeiten verunsichern die Kolleginnen und Kollegen ohne dass sie Klarheit für ihre Zukunft schafft.

Sehr geehrter Herr Minister Scheuer, ver.di sieht für die angeführten Punkte einen erheblichen kurzfristigen Klärungs- und Handlungsbedarf.

Wenn diese offenen Fragen nicht kurzfristig geklärt werden, sehen wir schwarz für die Personalgewinnung des Bundes und die Kolleginnen und Kollegen werden überwiegend von Ihrem gesetzlich zugesichertem Recht, nicht zum Bund wechseln zu müssen, Gebrauch machen.



Ver.di und die Fachkommission Straßenbauverwaltung fordern daher schnelle verbindliche Aussagen und den kurzfristigen Abschluss eines Überleitungstarifvertrages.



## Rubrik:

### ***FIT FÜR DIE ZUKUNFT***

Um den Herausforderungen der Zukunft, die stark geprägt sein werden von der Digitalisierung, die auch den öffentlichen Dienst erfassen wird, gewappnet zu sein, veranstaltete ver.di in Kooperation mit der TBS am 11.04.14 ein Seminar zu diesem Thema.

Digitalisierung und Wirtschaftlichkeit – Eine große zukünftige Herausforderungen für die Interessenvertretung

Wirtschaftlichkeit und Kennzahlen spielen bei der neuen Landesregierung eine zentrale Rolle. Durch die Digitalisierung und IT-gesteuerte Kosten-Nutzen-Analysen sollen Effizienzpotentiale identifiziert und die Schnelligkeit der Aufgabenerledigung erhöht werden. Die Rede ist von einer Digitalisierungsrendite.

Zusätzlich wird wieder verstärkt die betriebswirtschaftliche Denke auf die öffentliche Daseinsvorsorge übertragen und öffentlich-private Partnerschaften sollen vorangetrieben werden.

Wirtschaftlichkeit, Effizienz, Optimierung – doch was kommt am Ende für die Beschäftigten dabei raus? Und wie wirtschaftlich ist eine Maßnahme wirklich?

Sicherlich gibt es berechtigte Veränderungen der Abläufe, doch muss bereits vor der Umsetzung einzelner Schritte eine (Technik-)Folgenabschätzung und eine Abschätzung der Auswirkungen auf die Arbeitsprozesse und Beschäftigten vorgenommen werden.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Landesfachkommission wurden darin geschult, wie Personalräte die Wirtschaftlichkeitsmaxime in der öffentlichen Verwaltung hinterfragen müssen und wie in Zeiten der Optimierung durch Digitalisierung gute Arbeit für die Beschäftigten gestalten werden kann.

[www.strassen-nrw.verdi.de](http://www.strassen-nrw.verdi.de)

# ver.di's Nachrichten 01/2018

ver di Fachkommission Straßenbauverwaltung NRW

